**Antrag**

**auf Gewährung einer Zuwendung**

**im Rahmen des Forschungskollegs „Living Lab NRW“**

**auf Basis der LHO (§23 u. §44) in der jeweils gültigen Fassung**

An das

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

Abt. VII Klimaschutz

Berger Allee 25

40213 Düsseldorf

|  |  |
| --- | --- |
| **1. Antragstellerin/Antragsteller** | |
| **Name/Bezeichnung:** |  |
| **Anschrift**: | Straße/PLZ/Ort |
| **Verantwortliche/r Vertreter/in** | Name/Vorname  Funktion (z.B. Geschäftsführer/in, Vorsitzende/r) |
| **Auskunft erteilt**: | Name/Tel. (Durchwahl) / E-Mail |
| **Art des Antragsstellers/ der Antragsstellerin** | Universität  öffentlich grundfinanzierte Hochschule  private Hochschule  öffentlich grundfinanzierte Forschungseinrichtung  private Forschungseinrichtung  Andere |
| **Rechtsform** | GmbH  e.V.  Körperschaft öffentlichen Rechts  Andere |
| **Bankverbindung**: | IBAN BIC |
| Bezeichnung des Kreditinstituts |
| Kontoinhaber/in, falls abweichend von/vom Antragsteller/in |

|  |  |
| --- | --- |
| **2. Maßnahme** | |
| **Bezeichnung** |  |
| **Akronym** |  |
| **Angesprochener Zuwendungsbereich/ thematische Zuordnung** |  |
| **Durchführende Stelle** | Straße/PLZ/Ort |
| **Projektleitung** | Name/Vorname, Funktion (z.B. Geschäftsführer/in, Vorsitzende/r) |
| **Durchführungszeitraum:**  (Zeitraum, in dem die geförderte Maßnahme - einschließlich der administrativen Abwicklung1- abschließend durchgeführt werden soll.)  1 z.B. Abwicklung von Verträgen, Zahlung aller Rechnungen | von/bis |

|  |  |
| --- | --- |
| **3. Gesamtausgaben** | |
|  | (in EUR) |
| **Gesamtausgaben der Maßnahme**  (bei jahresübergreifenden Maßnahmen ist auch eine Aufgliederung der Ausgaben auf die betroffenen Jahre vorzunehmen) |  |

|  |  |
| --- | --- |
| **4. Finanzierungsplan** | |
|  | (in EUR) |
| **4.1 Zuwendung zu Personalkosten**  (mindestens 75% Teilzeitstelle E 13 TVÖD/TVL für 36 Monate) |  |
| **4.2 Zuwendung zu weiteren Ausgaben**  (bspw. Reisekosten, Sachkosten, Gemeinkostenpauschale, Beschaffung von Forschungsgeräten oder entgeltliche Nutzung von Forschungsgeräten Dritter, max. bis zum unter 4.3 genannten Gesamtzuwendungshöchstbetrag von 200.000€) |  |
| **4.3 Beantragte Gesamtzuwendung aus 4.1 und 4.2**  (max. 200.000€) |  |
| Hinweis: Im Falle einer Bewilligung sind für die Verwendungsnachweise insb. Belege über die erfolgte Stellenbesetzung und deren Vergütung sowie zu den weiteren Ausgaben vorzuhalten und gemäß Anbest-P und den ergänzenden Bestimmungen im Bewilligungsbescheid einzureichen. Projektbezogene Einnahmen wirken zuwendungsmindernd und sind auszuweisen. | |

|  |
| --- |
| **5. Begründung (Ggf. auf gesondertem Blatt)** |
| * 1. **Zur Notwendigkeit der Maßnahme**   (u.a.: Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)   * 1. **Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung**   (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten) |

|  |
| --- |
| **6. Anlagen** |
| * Maßnahmenbeschreibung gemäß Vorgaben des Wettbewerbsaufrufs (Kapitel 2 Formale und inhaltliche Anforderungen an die Bewerbung) * Testats eines Wirtschaftsprüfers zur Einhaltung der GOBD * (optional) Antrag auf DV-gestützte Buchführung * (optional) weitere Anlagen nach Notwendigkeit und Bedarf |

|  |  |
| --- | --- |
| **7. Erklärungen** | |
| **Allgemeine Erklärungen**  Die Angaben in diesem Antrag einschließlich der Anlagen sind vollständig und richtig.  Sämtliche mit dem Antrag oder im weiteren Antrags- und Bewilligungsverfahren eingereichten Unterlagen und Daten stehen der Bewilligungsbehörde insbesondere auch zum Zwecke der Veröffentlichung in den vom Zuwendungsgeber und seinen nachgeordneten Behörden bestimmten Datenbanken (z. B EnArgus.NRW) zur Verfügung. Diese Daten und Unterlagen sowie die Ergebnisse des Vorhabens dürfen in Datenbanken aufgenommen und auf diese Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.  Die Antragstellerin / der Antragsteller ist damit einverstanden, dass alle im Zusammenhang mit der Förderung im Zeitraum von der Antragstellung bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen bekannt gewordenen Daten von der Bewilligungsbehörde oder der von ihr beauftragten Stelle auf Datenträger gespeichert werden. Darüber hinaus dürfen sie von der Bewilligungsbehörde oder von einer von ihr beauftragten Stelle für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle für die Wirksamkeit der Förderung ausgewertet werden. Die Erklärung beinhaltet ferner das Einverständnis mit der Veröffentlichung der Auswertungsergebnisse und deren Weiterleitung an den nordrhein-westfälischen Landtag und an Einrichtungen des Landes, des Bundes und der Europäischen Union.  Mir/uns ist bekannt, dass es sich bei der beantragten Zuwendung um eine Subvention im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) handelt und die Angaben im Antrag subventionserhebliche Tatsachen gemäß § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 i.V.m. den §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz – SubvG) vom 29. Juli 1976 in der jeweils gültigen Fassung sind.  **Spezielle Rechtserklärungen**  Die Antragsstellerin/ der Antragssteller erklärt, dass  mit der Maßnahme/ dem Vorhaben  noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,  für diese Maßnahme/ dieses Vorhaben  keine Zuwendung in einem anderen Förderprogramm beantragt hat bzw. beantragen wird.  eine Zuwendung in einem anderen Förderprogramm beantragt hat bzw. beantragen wird.  sie/ er für diese Maßnahme/ dieses Vorhaben  in den letzten 2 Jahren vor dieser Antragstellung keine weitere Förderung erhalten hat.  sie/ er zum Vorsteuerabzug  berechtigt ist und dies bei der Angabe der Gesamtausgaben (Nr. 3) berücksichtigt hat (Ausgaben ohne Umsatzsteuer)  nicht berechtigt ist.  er/sie die Kriterien einer „Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung“ gemäß Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom 17.06.2014, Artikel 2, Nr. 83  erfüllt.  dieser Antrag gerichtet ist auf den  nicht wirtschaftlichen Bereich der antragstellenden Einrichtung und über eine Trennungsrechnung gemäß Nr. 2.1.1 des Unionsrahmens für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (2014/C 198/01) verfügt.  zur Durchführung des Vorhabens über den gesamten Durchführungszeitraum mindestens eine 75% Teilzeitstelle für eine wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. einen wissenschaftlichen Mitarbeiter mit Hochschulabschluss (Master oder Diplom) besetzt wird, die mindestens ein Gehalt nach EG13 TVÖD/TVL oder in Höhe vergleichbaren Gehaltsstufe erhält. Das Personal wird im Durchführungszeitraum ausschließlich in dem hier beantragten Projekt eingesetzt.  unter Berücksichtigung der beantragten Landeszuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist. | |
| .................................................................  (Ort/Datum) | ..................................................................  (Rechtsverbindliche Unterschrift)  (……………………………………………)  (Vorname/Name) |